



# Stimme gegen Privatisierung

■ „Wir starten von Interesse“, sagen die einen und verschleichen Port, Eides, Wörter und kommerzielle Erträge.

„Über unsere Lebensumstände wollen wir selbst bestimmen“, sagen viele. Dann im Politik-Geschick ist, wird in die eigene Tasche privatisiert.

■ Die Alternativen: Demokratisierung und Ausbau öffentlichen Eigentums, Grundversorgung sichern, statt Prinzipien der die Macht verlieren.

# KPO

Berufstätige äußern oft ihre Unzufriedenheit mit der Politik: „Wir haben keine politische Vertretung mehr!“ Das Gefühl, im Regen stehen gelassen zu werden, verstärkt sich in dem Ausmaß, als Unsicherheit, Existenzängste und verschlechterte Arbeitsbedingungen zunehmen.

Was läuft falsch? KandidatInnen aus der Arbeitswelt versuchen diese Frage zu beantworten und Alternativen zu zeigen.

**Linke GewerkschafterInnen, BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen kandidieren bei der Nationalratswahl für die KPÖ.**

## GATS heißt das Ding

Das hinter dem Rücken der Bevölkerung verhandelte internationale Dienstleistungsabkommen besitzt Sprengkraft: Spitäler, Schulen, Universitäten, kommunale Dienstleistungen, Bahn, Post, öffentlicher Verkehr, Wasserversorgung, Energie und nicht zuletzt auch die Sozialversicherungen – alles soll bis 2004 dem „freien Markt“ geöffnet werden. Mit anderen Worten: alle Bereiche der „Daseinsvorsorge“ werden in den Kreislauf privater Kapitalverwertung einbezogen – also privatisiert – und soziale Regelungen sowie ökologische Auflagen werden als „Handelshemmnisse“ unter Sanktion gestellt und beseitigt! Das Abkommen bedeutet das „Aus“ für alle öffentlichen Angebote in der bestehenden Form.



**Manfred Groß**  
Vorsitzender des  
Gewerkschaftlichen  
Linksblock

**Wir sagen: GATS darf nicht Wirklichkeit werden und fordern den Abbruch der Verhandlungen sowie eine Volksabstimmung über den Schutz des öffentlichen Eigentums!**

## Die Bahn wird „liberalisiert“

Anders ausgedrückt: Sie wird privatisiert. Geht es nach den EU-Chefs, der Welthandelsorganisation und der Regierung, dann werden die ÖBB zerschlagen: Die Infrastruktur soll vom eigentlichen Verkehrsbereich getrennt und beide Bereiche an das Privatkapital verkauft werden. Als Modell dient England, wo der Ausverkauf zwar perfekt, das Eisenbahnwesen aber praktisch zusammengebrochen ist.



**Theo Schneider**  
Vorsitzender des  
GLB-Eisenbahn und  
Personalvertreter

**Wir sagen: das kann nicht sein!  
Die Versorgung mit Verkehrs-  
dienstleistungen auf der Schiene  
muss aus ökologischen Gründen  
ausgebaut werden und aus Sicher-  
heitsgründen Aufgabe bleiben!**

## Krankenhäuser als Profitobjekte

Diese „Vision“ wird Wirklichkeit: Das Dienstleistungsabkommen GATS orientiert auf die „Liberalisierung“ der Gesundheitsversorgung. Konkret: Spitäler sollen in Zukunft wie andere Kapitalgesellschaften geführt und der „freien Konkurrenz“ ausgesetzt werden. Damit wird die Behandlung zum Profitobjekt! Das SPÖ-dominierte Wien überlegt bereits die Umwandlung des AKH in eine GmbH oder Aktiengesellschaft. Damit sind die Weichen für eine Beteiligung von Privatkapital gestellt.



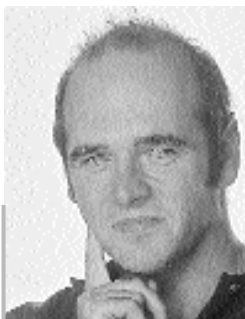
**Beatrix Todter**  
Personalvertreterin  
im Elisabeth-Spital

**Wir sagen: Nein! Die Gesundheitsvorsorge gehört nicht in die Hand von Aktienspekulanten. Gesundheitsdienstleistungen müssen für alle Menschen leistbar bleiben!**

## Zerschlagung der Post wird fortgesetzt

Nach Abspaltung und Verkauf der Telekom wurde der Kernbereich der Post in fünf Geschäftsfelder zerlegt. Hunderte kleine Postämter wurden geschlossen und massenhaft Arbeitsplätze vernichtet. PostlerInnen werden durch billige Leiharbeitskräfte ersetzt. Das ist nur die vorläufige Bilanz der Politik des Ausverkaufs durch SPÖ-geführte Regierungen und Schwarz-Blau. Eine Politik, die nun fortgesetzt werden soll.

**Wir sagen: Schluss damit!  
Wir wollen ein einheitliches Unternehmen im öffentlichen Eigentum, das nach einem neuen Wirtschaftlichkeitskonzept geführt wird !**



**Robert Hobek**  
Personalvertreter  
bei der Post

## Der Sozialstaat wird demontiert



**Selma Schacht**  
Betriebsrätin im  
Verein Kinder- und  
Jugendbetreuung

Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pension – der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar, heißt es in Österreich – einem der reichsten Länder der Welt. Das ist erstunken und erlogen. An der Finanzkrise des Staates sind weder zu teure Sozialleistungen noch zu niedrige Beiträge der Menschen schuld. Der wirkliche Grund ist die Null-Besteuerung der großen Vermögen, der Rationalisierungsgewinne und der Spekulation.

**Wir sagen: So nicht!  
Der Sozialstaat ist sicherungs-,  
ausbau- und reformfähig, wenn  
das Steuerunrecht beseitigt und  
eine Wertschöpfungsabgabe eingeführt wird!**

## Private Bildungseinrichtungen machen Schule



**Reinhart Sellner**  
Vertreter im Fach-  
ausschuss der AHS-  
Personalvertretung

Es geht um die soziale Umverteilung von Budgetmitteln – für Dienstposten, Schulbudgets, Gehälter, kleine Klassen, Oberstufenreform, Integrationsarbeit und für neue Unterrichtsformen. Es geht um die Entscheidung: Sicherung und Ausbau des öffentlichen, unentgeltlichen Bildungs- und Schulwesens **oder** seine neoliberale Demontage, seine Umwandlung in privatisierte Dienstleistungsbetriebe, in denen neue alte Bildungsvorrechte der wirtschaftlich und sozial Stärkeren durchgesetzt werden.

**Wir sagen: Nein zur Privatisierung  
der Bildungskosten über Studiengebühren und Eltern-  
beiträge und Nein zur Privatisierung und Deregulierung  
der LehrerInnen-Dienstverhältnisse!**

## Arbeitsplätze statt „Jobs“!



**Lilian Stadler**  
Frauenreferentin  
des GLB

Sowohl Grüne als auch SPÖ plakatieren „mehr Jobs“. Wir wollen aber keine „Jobs“, geringfügig, nicht sozialrechtlich abgesichert, wie sie derzeit boomen. Wir wollen qualifizierte, existenzsichernde Arbeitsplätze, die unseren Fähigkeiten entsprechend gerecht entlohnt werden. Arbeit – das wissen Frauen am Besten – gibt es genug, nur ihre Bezahlung bleibt aus oder wird immer weniger.

**Wir brauchen eine Politik, die die Arbeitslosigkeit und nicht die Arbeitslosen bekämpft. Die Produktivitätssteigerungen letzter Jahrzehnte rechtfertigen eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich und eine Neuaufteilung aller Arbeit.**

## Jeder will Stärkster werden - jeder will regieren!

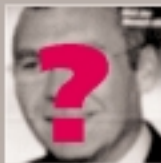
Die vier Parlamentsparteien rittern um die Macht, ohne sich zur Zukunft des Sozialstaates und des öffentlichen Eigentums zu äußern. Wird eine rot-grüne Regierung die Privatisierungen stoppen? Werden die Verschlechterungen im Pensionsrecht zurückgenommen werden? Was würde rot-grün tatsächlich von den schwarzblauen Grausamkeiten zurücknehmen? Wer soziale Zustände verspricht ohne grundsätzlich etwas verändern zu wollen, lügt. Faktum ist: Schwarzblau hat sich selbst diskreditiert. Dafür verdienen SPÖ und Grüne keine Vorschusslorbeeren.



**Oliver Jonischeit**  
ÖGB-Sekretär für  
den GLB

**Wer seine Stimme gegen den „neoliberalen“ Zeitgeist nicht verlieren möchte und die beiden „Oppositionsparteien“ nicht weiter auf ihrem Weg in die ohnehin schon enge Mitte bestätigen will, hat eine Alternative: KPÖ wählen!**

# Koalitionspoker



**viel Spass!**



# oder

**konsequent sozial  
und entschieden gegen Privatisierung**

# KPÖ

***Ich möchte Informationen erhalten,  
schickt mir bitte:***

- 4 Nummern der Volksstimme gratis zum Kennenlernen
- Das Wahlprogramm der KPÖ
- Die Zeitung des Gewerkschaftlichen Linksblock (GLB)
- Regelmäßig die KPÖ-Newsletter
- Einladungen zu Veranstaltungen
- Ich bin an einem persönlichen Gespräch interessiert

Name:

E-m@il/Tel.:

Adresse:

**zurücksenden an: KPÖ-Wien, 1020, Taborstr.24a/4/9,  
e@il: [wien@kpoe.at](mailto:wien@kpoe.at) [www.wien.kpoe.at](http://www.wien.kpoe.at)**